

schen und sozialen Probleme könne aber so nicht herbeigeführt werden, zumal die Wünsche der Bürger in vielem berechtigt seien.

Kardinal *Stephen Kim* richtete im Juni 1980 öffentlich die Bitte an die Regierung, sie solle nach der Tragödie von Kwangju ehrenhaft handeln und auch eigene Fehler eingestehen, zumal der Aufstand erst durch das brutale Vorgehen des Militärs provoziert worden sei. Die berechtigten Hoffnungen der Jugend auf eine Demokratisierung sollten nicht enttäuscht werden. Dazu gehöre, daß man nicht wahllos brutale Gewalt anwende, daß man Redefreiheit zulasse und die Autonomie der Universitäten wahre. Bezüglich der neuen Verfassung äußerte der Kardinal die Hoffnung, sie möge eine echte Gewaltenteilung bringen. Er schloß mit den Worten, noch sei es Zeit für eine Politik der Verständigung, des Vergebens und des Verzeihens (UCA News, 20. 8. 80). Seither haben sich die Kirchenoberen in ihren öffentlichen Äußerungen äußerste politische Zurückhaltung auferlegt, um zur Beruhigung der Lage beizutragen. Während manche Katholiken dies bedauern und sich ein stärkeres öffentliches Engagement der Bischöfe wünschen, glauben andere, eine Vertiefung der Glaubensverkündigung werde der Kirche in der jetzigen Lage langfristig eher nutzen. Ohnehin steigt die Zahl der Nicht-Katholiken, die auf der Suche nach neuen geistigen Werten Unterweisung im christlichen Glauben suchen.

Offensichtlich ist die Regierung aber nicht zum Nachgeben bereit. In der letzten Zeit häufen sich die Verhaftungen aktiver Katholiken, insbesondere von Journalisten, Universitätslehrern und Studenten. Im Prozeß der „174“ wurden in Kwangju außerdem im Oktober 1980 zwei Priester wegen angeblicher Volkshetze zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt – vom Prozeß gegen Kim Dae-jung ganz zu schweigen.

Das kirchliche Leben ist außerdem starkem Druck unter-

worfen. Für Gefangene dürfen keine Gebetsgottesdienste mehr abgehalten werden. Spitzel kontrollieren kirchliche Versammlungen und Gottesdienste, zahlreiche Verwandte inhaftierter Katholiken befinden sich unter Hausarrest (vgl. KNA, 5. 11. 80).

Dem Appell an die koreanische Regierung, auf die Einhaltung der Menschenrechte zu achten, hat sich Johannes Paul II. bei einem Besuch der koreanischen Bischöfe im Vatikan im Oktober 1980 mit Nachdruck angeschlossen. Er betonte, die Kirche müsse den ethischen und humanitären Aspekten der die menschliche Existenz berührenden Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Allerdings dürfe darüber nicht vergessen werden, daß auch andere kirchliche Probleme in Korea zu lösen seien, vor allem das der Einheit der Ortskirchen und der Binnen- und Auswanderung der Koreaner in einem sich zunehmend industrialisierenden Staat (vgl. Osservatore Romano, 25. 10. 80).

Eine noch ungewisse Zukunft

Beide koreanischen Staaten gehen einer noch ungewissen Zukunft entgegen. Die neue Generation der Herrschenden ist noch dabei, ihre Legitimation zu sichern. Vorerst äußert sich dies vor allem in einem neuen Nationalismus, der keine günstige Atmosphäre schafft – weder für eine erneute Annäherung beider Staaten noch für die Demokratisierung der Gesellschaft. Es bleibt nur zu hoffen, daß letztlich doch die Vernunft siegt und die Ansätze einer Öffnung im Norden und einer Liberalisierung im Süden, wie sie gerade die neue Verfassung dem Buchstaben nach verspricht, weiterverfolgt werden. Erst dann kann eine gerechtere Gesellschaft, von der die Verantwortlichen so viel reden, auch Wirklichkeit werden.

Peter Drews

Kurzinformationen

Die Arbeit der gemischten katholisch-orthodoxen Kommission für den offiziellen theologischen Dialog geht planmäßig weiter. Nach der konstituierenden Sitzung der 60köpfigen Gesamtkommission, die vom 29. Mai bis 4. Juni stattgefunden hatte (vgl. HK, Juli 1980, S. 370), fanden in den letzten Monaten Tagungen von zwei der dabei gebildeten drei Unterausschüsse statt. So tagte der zweite Unterausschuß vom 27. bis 30. Dezember 1980 in Rom. Dabei erarbeiteten die Mitglieder ein der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemachtes Dokument zum Thema „Das Geheimnis der Kirche und der Eucharistie im Licht des Mysteriums der Allerheiligsten Dreifaltigkeit“. Das Klima der Tagung in Rom wurde von allen Mitgliedern des Unterausschusses als brüderlich und konstruktiv bezeichnet; es habe eine tiefe Gemeinschaft des Glaubens an die während der Tagung behandelten, wesentlichen Fragen des Mysteriums der Kirche geherrscht.

Optimistische Aussagen über den offiziellen theologischen Dialog und über den Stand der katholisch-orthodoxen Beziehungen insgesamt fanden sich auch in den anlässlich des traditionellen Besuchs einer Delegation des Einheitssekretariats in Konstantinopel zum Andreasfest gewechselten Grußworten. Genau ein Jahr nach dem Besuch Johannes Pauls II. am Sitz des Ökumenischen Patriarchen erklärte Kardinal *Johannes Willebrands*, daß die Katholische Kirche entschlossen sei, jede Anstrengung sowohl in der theologischen Reflexion wie im Handeln zu unternehmen, um dem Ziel der vollen Einheit näherzukommen. Der Geist, in dem der Dialog zwischen Katholiken und Orthodoxen geführt werde, berechtige zur Zuversicht. Niemals zuvor in der Geschichte sei die Suche nach der Einheit zwischen Orient und Okzident so frei und aufrichtig gewesen. *Johannes Paul II.* hatte zum Andreasfest eine kurze *Botschaft* an Patriarch Dimitrios I.

gerichtet. Darin heißt es, der Beginn der Arbeit der gemischten Kommission berechtige zu Hoffnungen auf substantielle Fortschritte in der Wiederherstellung der Einheit: „Unser Gebet wird den theologischen Dialog begleiten, damit er immer tiefer in der Wahrheit verwurzelt sei, in Aufrichtigkeit und gegenseitigem Vertrauen ohne irgendwelche Schatten geführt werde, vom Geist Gottes angetrieben werde und daher fruchtbar für das Leben der Kirche sei“ (Osservatore Romano, 19.12.1980). Patriarch Dimitrios I. betonte in seiner Ansprache bei der Begegnung mit der römischen Delegation, der neue Dialog sei kein Menschenwerk, sondern Werk des Heiligen Geistes. Einheit der Kirche sei nicht nur einfach eine theologische Angelegenheit; vielmehr sei sie darüber hinaus Mysterium. Darum sei der Dialog zwischen den beiden Kirchen nicht auf die theologischen Studierstuben beschränkt, sondern werde in den größeren Dimensionen der Liebe und des Lebens der beiden Kirchen geführt.

Der polnische Gewerkschaftsführer Lech Walesa wurde während seines einwöchigen Italienaufenthaltes, während dessen er auch Monte Cassino und Assisi besuchte, zweimal vom Papst empfangen. Am Donnerstag, dem 15. Januar, vormittags fand die große Audienz für die polnische Gewerkschaftsdelegation im Vatikan statt, am Sonntag, dem 18. Januar, nahm Walesa mit den Delegierten seiner Gewerkschaft an einer vom Papst zelebrierten Messe teil und wurde anschließend von diesem verabschiedet. Die Audienz am 15. Januar, für die es bisher im Vatikan keinen Präzedenzfall gab, fand in ihrem privaten Teil in der Privatbibliothek des Papstes statt. Dort empfing Johannes Paul II. zunächst Walesa zu einem knapp halbstündigen Gespräch und anschließend dessen Angehörige und die 14 Delegationsmitglieder der „Solidarnosc“-Gewerkschaft. Der öffentliche Teil der Audienz folgte später im Konsistoriensaal des Vatikans. Dort waren auch Vertreter der polnischen katholischen Gemeinde in Rom und eine große Zahl Journalisten zugegen. Der Audienz wohnte auch der Beauftragte bei der polnischen Botschaft in Rom für Kontakte mit dem Heiligen Stuhl, *Kasimir Szablewski*, bei. Der Papst hob die Anwesenheit eines offiziellen Vertreters der polnischen Regierung besonders hervor; schon daran war zu erkennen, daß der Papst bemüht ist, den unabhängigen Gewerkschaften in Polen nicht nur seine volle Sympathie zu bekunden, sondern sie mit seiner vollen Autorität zu stützen, daß der Papst aber gleichzeitig jeden Konflikt, sei es mit der polnischen Regierung, sei es mit der die Entwicklung in Polen nach wie vor mißtrauisch verfolgenden Sowjetunion, vermeiden will. In seiner Ansprache hob Johannes Paul II. als einen der Leitgedanken das Motiv der Gewaltlosigkeit hervor. Alle hätten in Polen angesichts der jüngsten Entwicklung „besonders Reife“ gezeigt. Daß man auf dem Weg des Gesprächs nach Lösungen suche, gereiche sowohl der neuen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung wie den Vertretern der staatlichen Behörden zur Ehre. Grundlage der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft in Polen, so der Papst, sei „ein kollektiver Anlauf zur Hebung der Moral der Gesellschaft“ gewesen. Nachdrücklich unterstrich der Papst, die neuen Bemühungen, die es seit den Herbstwochen in Polen gebe, richteten sich gegen niemanden, sondern seien ausschließlich am Gemeinwohl orientiert. Mit gleichem Nachdruck betonte Johannes Paul II. den apolitischen Charakter der Gewerkschaft. Sie habe sich „ausschließlich und in voller Autonomie auf das große gesellschaftliche Gut der menschlichen Arbeit und der arbeitenden Menschen (zu) konzentrieren“. Gewerkschaftsführer Walesa bekräftigte seinerseits, daß dies die Grundlinien seiner Gewerkschaft seien und daß sich „Solidarnosc“ in keiner Weise als eine politische Organisation verstehe.

Am 15. Januar veröffentlichte die Deutsche Bischofskonferenz eine Stellungnahme ihres Beirates „Erziehung und Schule“ zum Religionsunterricht in den deutschen Schulen. Die Stellungnahme nennt etliche positive Entwicklungen: Nur noch seltene öffentliche Angriffe auf den Religionsunterricht, weniger Abmeldungen, geringere Ausfallquote, neue Richtlinien und Lehrpläne, zahlreiche Lehrbücher, Verbesserung der Ausbildung von Religionslehrern, Schaffung zahlreicher Einrichtungen und Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung von Religionslehrern. Daneben werden Gegebenheiten und Tendenzen angeführt, die Besorgnis erregten: zunehmende Fremdheit vieler Schüler und Eltern gegenüber kirchlichen Traditionen, fehlender Rückhalt des Religionsunterrichts in Familien, kirchlichen Gruppen und Gemeinden; manche Religionslehrer fänden oder suchten keine fruchtbare Beziehung zu katholischen Gruppen und Gemeinden. Viele Katholiken, so die Stellungnahme, hätten die Veränderungen im Bereich des Religionsunterrichts nicht zur Kenntnis genommen und glaubten, die neueren Entwicklungen ablehnen zu müssen. Vom Religionsunterricht gingen „kaum namhafte Impulse auf das ökumenische Denken und Verhalten junger katholischer Christen aus“. Schließlich falle an vielen Schulen seit langer Zeit ein großer Teil des Religionsunterrichts aus.

Die Stellungnahme formuliert eine ganze Reihe von Anregungen als Konsequenzen aus der Situationsanalyse: So werden „alle Katholiken gebeten, in Fragen des Religionsunterrichts keinen ‚Alles-oder-nichts-Standpunkt‘ einzunehmen, sondern den Religionsunterricht als kirchlichen Dienst an und in der Schule grundsätzlich zu bejahen, mag sein Ertrag auch begrenzt sein“. Diese Bitte wird in Richtung eher „konservativer“ wie eher „progressiver“ Kreise hin konkretisiert. Die Stellungnahme dankt allen Religionslehrern und fordert alle Katholiken auf, dem Religionsunterricht verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken. Sie bittet christliche Familien, kirchliche Gruppen und katholische Gemeinden, „dem Religionsunterricht ein günstiges Umfeld zu schaffen, ihn durch glaubwürdiges christliches Leben vorzubereiten und zu veranschaulichen und ihn durch katechetische Dienste sowie Maßnahmen der Schulseelsorge zu ergänzen“. Alle Katholiken, vor allem Religionspädagogen und Religionslehrer, sollten den katholischen Glauben und christliche Lebenserfahrungen verständlich darstellen, um dem Religionsunterricht möglichst sinnvolle und konkrete Ziele und Inhalte zu geben. An alle Zuständigen ergeht die Bitte, „die Chancen zu nutzen, die der Religionsunterricht unter ökumenischem Aspekt eröffnet“.

Im Blick auf die Revision des Scheidungsrechts, die nach der Revision des Adoptions-, Kindes- und Eherechts die vierte Etappe der Familienrechtsreform in der Schweiz bilden wird, veröffentlichte das Bundesamt für Justiz eine Dokumentation „Scheidung in der Schweiz“. Darin werden die wichtigsten Ergebnisse von zehn Forschungsprojekten, von denen fünf vom Institut für Ehe und Familie (Zürich) durchgeführt worden waren, dargeboten. Die Ergebnisse der einzelnen Projekte, so der Leiter des Instituts für Ehe und Familie, „lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. Scheidung ist ein komplexes gesellschaftliches Phänomen und für alle Betroffenen, Frauen, Männer und Kinder, von sehr unterschiedlicher Tragweite, weshalb Verallgemeinerungen und kurzschlüssige Erklärungen fehl am Platze sind“. Im Vergleich mit den Nachbarstaaten hat die Schweiz eine mittlere Scheidungsrate, wobei sich die Scheidungshäufigkeit zwischen 1967 und 1977 verdoppelt hat (siehe dazu auch HK, März 1979, 128–130). Weil sich die Scheidungsraten der Konfessionen in den Städten annähern und städtische Gebiete eine höhere Schei-

dungsrate aufweisen als ländliche Gegenden, wird ein Zusammenhang zwischen Scheidung und sozio-ökonomischen Faktoren angenommen. Ein Vergleich von Umfrageergebnissen zeigt, daß eine Scheidung Männer persönlich mindestens so hart trifft wie Frauen. Daß es Männern schwerer fällt, über eine Scheidung hinwegzukommen, ist den Ergebnissen der Projekte Krankheit und Sterblichkeit zu entnehmen. Geschiedene Männer im Alter zwischen 40 und 49 Jahren weisen gegenüber den gleichaltrigen verheirateten Männern eine um 144% größere Sterblichkeit auf; bei geschiedenen Frauen beträgt die Übersterblichkeit 43%. Auswirkungen der Scheidung auf die Kinder wurden in je einem Projekt des Pädagogischen Instituts der Universität Zürich und des Kinderpsychiatrischen Dienstes des Kantons Zürich untersucht. Demnach stehen Leistungsabfälle in der Schule in direktem Zusammenhang mit der Zeit vor und nach der Scheidung. Scheidungskinder weisen auch häufiger eine affektive Verwahrlosung auf als die Kinder der Kontrollgruppen, jedoch seltener eine neurotische Persönlichkeitsentwicklung. Nicht bestätigt wird das Vorurteil, Kinder aus Scheidungsehen seien immer belasteter als solche aus vollständigen Familien. Das letzte Projekt war eine Meinungsumfrage bei acht Berufsgruppen, die ständig mit Ehen und Familien zu tun haben, sowie bei Journalisten. Diese Umfrage ergab, daß man der Ehe gegenüber eindeutig positiv eingestellt ist, jedoch andere Formen des Zusammenlebens nicht einfach ablehnt. Einem arbeitsteiligen Ehemodell gegenüber, in welchem die Aufgaben in Haushalt und Erziehung gleichmäßig auf Mann und Frau verteilt werden, ist man hingegen reserviert bis ablehnend; in der Rollenverteilung orientiert man sich eher an traditionellen Vorbildern.

In Manaus/Brasilien fand Ende November ein „Ökumenisches Treffen zur Eingeborenenpastoral im Amazonasgebiet“ statt, an dem Vertreter der katholischen, verschiedener protestantischer Kirchen sowie Indios aus Brasilien, Kolumbien, Peru, Ekuador und Venezuela teilnahmen. In den beiden Schlußdokumenten der Tagung, die von der „Latein-

amerikanischen Evangelischen Kommission für christliche Erziehung (CELADEC)“ und dem der Brasilianischen Bischofskonferenz angegliederten Indianermissionsrat (CIMI) veranstaltet wurde, grenzen sich die Teilnehmer ausdrücklich von einigen im traditionellen Stil missionierenden Gruppen ab und sprechen sich für eine politisches Engagement einschließende „befreiende Indianerpastoral“ aus. Nach Einschätzung der kirchlichen Teilnehmer werden die Indio-Völker des Amazonasgebiets durch neokolonialistische Praktiken von einer neuen, diesmal endgültigen Ausrottung bedroht. Die nationalen und transnationalen Monopolunternehmen erwiesen sich im Einvernehmen mit den lokalen staatlichen Stellen als noch wirksamer, d. h. zerstörerischer als die europäischen Kolonialisten der Vergangenheit. Seit die „Einverleibung“ Amazoniens zum strategischen Ziel der Regierungen geworden sei, mache niemand mehr einen Hehl daraus, daß die dort ansässigen Indianer als Hindernis für den Fortschritt gelten. Die vielfältigen Repressalien wie z. B. die Landvertreibung spielten sich zudem auf dem Hintergrund einer kulturellen Entwurzelung ab, da die „willkürlich gezogenen“ geopolitischen, ökonomischen, konfessionellen und regional-kirchlichen Grenzen die Stammeseinheit durchweg mißachteten. Die Missionare fordern von ihren Kirchen die Abkehr von rein quantitativen Kriterien und eine klare Unterstützung der bedrohten Indio-Stämme. Konkret empfahl die Konferenz auf Anregung der Indios den kirchlichen Organisationen die Unterstützung eines geplanten panamazonischen Indianerkongresses, dem regionale Vorbereitungstreffen vorausgehen sollen. In der „Botschaft an die Indio-Völker Amazonas“, dem zweiten Schlußdokument des Treffens von Manaus, bitten die Missionare die Indianer um Vergebung für eine entfremdende, die eingeborene Kultur und Identität mißachtende Pastoral: „Wir geben zu, daß wir im Namen des Evangeliums häufig auch fremde Sitten und Bedürfnisse gebracht haben; wir haben das Kommen alter und neuer Eindringlinge erleichtert, die euch das Land mit all seinen Reichtümern an Bodenschätzen, Pflanzen und Tieren stehlen, die die Harmonie eurer Gemeinschaft zerstören.“

Personen und Ereignisse

Im Alter von 71 Jahren starb Mitte Januar der Apostolische Administrator in Erfurt und Meiningen, Bischof *Hugo Aufderbeck*. Aufderbeck galt nach dem Tode von Kardinal Bengsch als der profilierteste Bischof auf dem Gebiet der DDR. Aufderbeck war stets um klare Abgrenzung gegenüber dem SED-Regime bemüht, nahm aber auch mehrfach mutig gegen Übergriffe des offiziellen Staatsatheismus öffentlich Stellung.

Nachfolger des aus Altersgründen zurückgetretenen, in den letzten Monaten sein Bistum als Apostolischer Administrator verwaltenden Bischofs *Paul Rusch* wurde der 59jährige Msgr. *Reinhold Stecher*. Stecher, der vor allem als Jugendseelsorger bekannt geworden ist, war zuletzt Professor an der pädagogischen Akademie in Innsbruck.

Zu strenger Einheit hat *Johannes Paul II.* die vietnamesischen Bischöfe anlässlich ihres Ad-limina-Besuches in Rom aufgefordert. Dabei bezog er sich sowohl auf die Einheit der Bischöfe untereinander wie auf die Einheit der Bischöfe mit dem Papst. Zu letzterer erklärte Johannes Paul II. wörtlich: Die affektive und effektive Gemeinschaft (Communio) mit dem Nachfolger Petri sei absolute Voraussetzung für die Einheit der Bischöfe untereinander. Die Gläubi-

gen hätten ein vitales Bedürfnis nach solcher Einheit. Die Mahnung des Papstes war grundsätzlich gemeint, muß aber auch auf dem konkreten vietnamesischen Hintergrund verstanden werden, wo das kommunistische Regime versucht, Bischöfe jeweils gegeneinander auszuspielen.

Von der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland wurde am 14. Januar Oberkirchenrat *Gerhard Brandt* als Nachfolger von *Karl Immer* zum neuen Präses dieser zweitgrößten evangelischen Landeskirche gewählt. Die Wahl Brandts, der einziger Kandidat war, erfolgte mit überwältigender Mehrheit. Der 1921 in Breslau geborene neue Präses war von 1971 an Oberkirchenrat und hauptamtliches Mitglied der rheinischen Kirchenleitung. Seit 1976 war er Stellvertreter des Präses.

Als neuer Bischof von Maribor (Slowenien) wurde der bisherige Regens des dortigen Priesterseminars, der 44jährige *Frane Kramberger*, am 21. Dezember geweiht und in sein Amt eingeführt. Der Amtseinführung von Bischof Kramberger war eine zweijährige Vakanz vorausgegangen. Die lange Vakanz war nicht zuletzt auf ein heftiges Tauziehen zwischen dem Vatikan und den kommunistischen Behörden Sloweniens zurückzuführen, die Weihbischof *Veko-*

slav Grimić, der in der Zwischenzeit die Diözese als Kapitelsvikar leitete, als Bischof favorisierten.

Der Staatspräsident des Senegal und bekannte afrikanische Dichter und Schriftsteller *Léopold Sédar Senghor* ist im Alter von 74 Jahren vom obersten Staatsamt, das er seit 1960, dem Jahr der Staatsgründung innehatte, zurückgetreten. Senghor ist der erste Staatschef eines unabhängig gewordenen afrikanischen Staates, der sein Amt freiwillig aufgibt. Nachfolger ist Ministerpräsident *Abdou Dionf*.

Zum erstenmal deutliche Kritik am Duvalier-Regime Haitis hat der mit der Frau von Präsident *Duvalier* verwandte Erzbischof von Port-au-Prince, *François-Wolff Ligondé*, geübt. Ligondé wandte sich nachdrücklich gegen die Verfolgung katholischer Geistlicher und verlangte für die ohne formelle Anklage inhaftierten Regimegegner Freilassung oder einen fairen Prozeß.

Beilagenhinweis:
Diesem Heft liegt das Jahresregister 1980 bei.
Hinweis der Redaktion:
Wegen der Enzyklika „*Dives in misericordia*“ mußten wir in diesem Heft auf Buchrezensionen und Zeitschriftenschau verzichten.